



Opel in England

Weil harte Fakten nicht zählen, bangen die Briten um zwei Autostandorte. SEITE 14

Wirtschaft

Sozial geht auch ohne Staat

Psychologe und Kanzlerneffe Friedrich Kiesinger beschäftigt psychisch Kranke in seinem Unternehmen Pegasus. SEITE 13



Wissenschaft Spanisches Affentheater

Ein Fossilienfund schürt den Nationalstolz der Katalanen. SEITE 15

MEINUNGEN

Auch die Zukunft hängt vom Export ab

CHINA Zum 60. Geburtstag feiert die Volksrepublik das eigene Wirtschaftsmodell. Zu Recht

Von Klaus F. Zimmermann

Vor genau 60 Jahren wurde die Volksrepublik China gegründet. Peking würdigt dieses Jubiläum mit großen Feierlichkeiten. Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte bietet dazu auch allen Anlass: Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) waren und sind enorm. Grund ist Chinas enormer Exporterfolg. Während 1980 rund 13 Prozent des BIP auf Exporten basierten, stieg dieser Anteil schon bis 2006 auf mehr als zwei Drittel des BIP. In Deutschland lag dieser Anteil zuletzt bei unter 50 Prozent. Dieses Jahr schrumpften der deutsche und der chinesische Außenhandel wohl jeweils um 20 Prozent.



Von dem Land Zurückhaltung bei den Ausfuhren zu erwarten, ist eine Illusion.

China wird dieses Jahr von Deutschland den Titel des Güterexportweltmeisters übernehmen. Wer ein paar Wochen durch die Wirtschafts- und Forschungszentren Chinas reist, sieht, dass das Land die Krise gut weggesteckt hat. Betroffen waren insbesondere die exportorientierten Regionen und die dort tätigen Wanderarbeiter. Von ihnen waren 20 Millionen arbeitslos geworden, haben aber wieder neue Beschäftigung gefunden.

In vier bedeutenden Reden hat der chinesische Präsident Hu Jintao letzte Woche in Amerika nachdrücklich klargemacht, dass das Land seine globale Verantwortung in den Bereichen Klimaschutz, Entwicklung, Abrüstung und Wirtschaft ernst nimmt. Die Ent-

scheidung in Pittsburgh, die G20 zu einer Art loser ökonomischer Weltregierung zu machen, bedeutet eine globale Machtverschiebung letztlich weg von Europa zu China.

Die Chinesen sehen dabei die G-20-Diskussion über den Abbau der internationalen Handelsbilanzüberschüsse gelassen. Erstens beruhen sie stark auf der geringen Sparquote der Amerikaner. Zweitens ist der Handelsüberschuss erst seit 2005 virulent, also nicht die Ursache des chinesischen Erfolgsmodells. Drittens beruht dieser Überschuss auf der Tätigkeit ausländischer Firmen mit geringer chinesischer Wertschöpfung.

Viertens bietet der Binnenkonsum trotz traditioneller Sparsamkeit Potenziale, etwa beim internen Tourismus. Fünftens sichern Exportüberschüsse die Möglichkeit, sich jederzeit fehlende Rohstoffe am Weltmarkt zu besorgen.

Und sechstens ist es wegen der internen demografischen Ungleichgewichte für die Chinesen vorteilhaft, Ersparnisse über Exportüberschüsse ins Ausland zu transferieren, um sie später von Nationen mit jüngeren Bevölkerungen zurückzuholen. Künftig Zurückhaltung bei der Exportaktivität Chinas zu erwarten ist also eine Illusion.

Klaus F. Zimmermann ist Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und Honorarprofessor der Renmin-Universität Chinas in Peking.

Tückischer Inhalt

SOZIALER FRIEDE Die FDP kassiert viel Kritik wegen ihres neoliberalen Kurses. Doch den wird sie in der neuen Bundesregierung kaum halten können

Von Silke Linneweber

Der Wahlkampf war spannungsarm. Doch die Koalitionsbildung versorgt den Bürger nun endlich mit dem, was er lange vermisst hat: mit politischem Streit und klaren Feindbildern. Vor allem die Liberalen bekommen den Gegenwind zu spüren. Dabei hat die FDP den deutschen Sozialstaat maßgeblich mit aufgebaut (siehe Kasten). Sie wird ihn auch künftig nicht begraben. Auch wenn sie das in manchen Bereichen angekündigt hat. Ein Blick auf sechs Politikfelder:

Mindestlohn: Die neue Regierung ist noch nicht im Amt, da platzt auch schon der erste Mindestlohn. Im Gebäudereinigerhandwerk, das immerhin 850 000 Menschen beschäftigt, existiert von diesem Donnerstag an keine Lohnuntergrenze mehr. Schuld sind allerdings nicht die Liberalen, die Mindestlöhne kategorisch ablehnen, sondern die Tarifpartner, die sich auf keinen neuen Vertrag einigen konnten.

Klar ist: Unter Schwarz-Gelb wird es keinen

Warnung: Dieses Schild weist auf biologische Gefahren hin. Auch das Wahlprogramm der Freien Demokraten liest sich für manche recht giftig.



ab einer Betriebsgröße von 500 Arbeitnehmern zulassen. Aus Sicht der Gewerkschaften ist das eine politische Kriegserklärung. Die Konsequenzen wären gravierend. Im Organisationsbereich der IG Metall würden von 4800 hauptamtlichen Betriebsratsmitgliedern rund 2200 nicht mehr freigestellt. Etwa 90 Prozent der Betriebe hätten keinen Betriebsrat mehr.

Doch auch vom designierten Koalitionspartner bläst der FDP Gegenwind ins Gesicht. Zwar haben sich CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm weder zur Mitbestimmung noch zur Betriebsverfassung geäußert. Trotzdem haben sich die Parteien klar positioniert. Das Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahr 2007 nennt die Mitbestimmung neben Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie als „Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung und Ausdruck der Sozialidee der christlichen Kirchen“.

Ähnlich hat sich die Bundeskanzlerin auf DGB-Veranstaltungen geäußert. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass man da drangeht“, sagt denn auch Peter Donath, der beim IG-Metall-Vorstand den Funktionsbereich Betriebs-

Superminister gesucht

REGIERUNGSBILDUNG Das Wirtschaftsressort ist zahllos. Es muss mehr Kompetenzen erhalten

Von Benedikt Fuest

Am Montag beginnen in Berlin die Verhandlungen um die Ministerposten in der neuen schwarz-gelben Koalition. Besonders interessant dürfte die Debatte um die Personalie des Wirtschaftsministers werden. Wer also tritt das Erbe Erhards an? Zum einen erledigt der bisherige Wirtschaftsminister und CSU-Superstar Karl-Theodor zu Guttenberg seine Aufgabe glaubwürdig und kompetent, vielen gilt er als Idealbesetzung. Zum anderen wäre das Wirtschaftsministerium eine klassische FDP-Domäne – Partei-Vize Rainer Brüderle steht in den Startlöchern. Egal wer den Posten ergattert, eine Diskussion um die Aufwertung des Ministeriums ist überfällig. Denn aktuell residiert im riesigen Bau in der Invalidenstraße ein zahnlöcheriger Tiger, mit kleinem Budget und wenig echter Macht. Die Partei, die den Minister stellt, sollte daher darauf beharren, dass das Ressort neue Wirkungsfelder und zusätzliche Gestaltungskraft erhält.

An erster Stelle muss hier die Zuteilung aller Kompetenzen der Energie-

politik stehen. Zu stiefmütterlich wurde der Ausbau speziell der Infrastruktur, etwa von neuen Leitungsnetzen, in den letzten Jahren behandelt. Die bisherige Gewaltenteilung zwischen Wirtschafts-, Forschungs- und Umweltministerium liegt im Konflikt der Großen Koalition um den Atomausstieg begründet.

Ziehen künftig die Koalitionäre an einem Strang, können die Aufgaben wieder gebündelt werden. Dem Wissenschaftsministerium sollte dabei die Forschungsförderung entzogen werden, soweit sie auf die Forschung und Entwicklung der Industrie und Energiewirtschaft abzielt. Außerdem sollte das Wirtschaftsministerium auch die Hoheit über den Aufbau Ost und damit über die großflächige Subventionierung erhalten.

Allein, die skizzierte Aufgabenverteilung droht schon in den Koalitionsverhandlungen zerrieben zu werden. Das wäre fatal, denn mit dem Neuzuschnitt des Ministerpostens als Gestalter von Wettbewerb und Ordnung könnte die schwarz-gelbe Koalition Wirtschaftskompetenz demonstrieren.

Egal wer den Posten ergattert, die Aufwertung des Hauses ist seit geraumer Zeit überfällig.

einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn geben. Beide angehenden Koalitionspartner sind dagegen. Dass die künftige Bundesregierung bestehende Regelungen, die immerhin rund 1,7 Millionen Erwerbstätige betreffen, kassiert, ist ebenso ausgeschlossen. „Bei den Mindestlöhnen nehme ich nichts zurück“, hat die Kanzlerin bereits klargestellt. Die jeweiligen Branchenlösungen bleiben also erhalten. Spannend bleibt jedoch die Frage, ob Schwarz-Gelb neue Branchen-Mindestlöhne einführen wird. Teile der Union sind hier durchaus offen. Allerdings muss in jedem Fall das Kabinett zustimmen – und spätestens hier dürfte die FDP heftigen Widerstand leisten.

Kündigungsschutz: „Hire and Fire“ in Deutschland? Das will selbst die FDP nicht. Doch geht es nach den Freien Demokraten, soll der gesetzliche Kündigungsschutz künftig erst in Betrieben mit mehr als 20 Mitarbeitern greifen. Für Neueinstellungen würde er erst nach zwei Jahren gelten. Eine Forderung, die noch 2005 fast wortgleich auf der Agenda von CDU/CSU stand. Doch vier Jahre später, im Wahlkampf 2009, haben die Unionsparteien im Regierungsprogramm kein Wort über den Kündigungsschutz verloren. Auch hat die Kanzlerin DGB-Chef Michael Sommer versprochen, in der kommenden Legislatur nicht an der Rauswurf-Schraube zu drehen.

Außerdem dürfte eine Lockerung der Regelung, auch wenn sie zunächst nur relativ wenige Menschen betrifft, angesichts der Angst vor stark steigenden Arbeitslosenzahlen im nächsten Jahr schwer zu vermitteln sein. Den Bürgern würde sie wohl als Konterkarierung der Politik der Großen Koalition erscheinen, die auf den Erhalt möglichst vieler Jobs in der Krise zielte. Die Chancen der Liberalen, ihr Vorhaben durchzusetzen, sind damit zunächst gering. Das hält die Arbeitgeberseite nicht davon ab, für eine Liberali-

sierung des Kündigungsschutzes nach FDP-Muster zu werben. Es ginge darum, „den Einstieg in Arbeit für Arbeitslose zu erleichtern“, betont etwa BDA-Präsident Dieter Hundt.

Gesundheit: FDP-Chef Guido Westerwelle möchte den Gesundheitsfonds, in den seit Jahresbeginn Beiträge und Steuermittel fließen, abschaffen. Die Kanzlerin, die das Konstrukt als Kernstück ihrer Reformen bezeichnet, will ihn beibehalten – und wird sich damit durchsetzen. Wenn es um den Umbau des Gesundheitssystems geht, könnten die Union den kleinen Koalitionspartner ebenfalls bremsen. Einen radikalen Schnitt und die Einführung eines Prämienmodells, wie es den Liberalen vorschwebt, dürfte es in der kommenden Legislaturperiode jedenfalls nicht geben. Obwohl sich die Union in der Vergangenheit mit ähnlichen Reformgedanken getragen hat. Auch so könnten auf die gesetzlich Versicherten in bald höhere finanzielle Belastungen zukommen. Etwa durch weitere Zusatzbeiträge oder neue Regelungen bei der Zuzahlung.

Hartz IV: Hunde, die bellen, beißen nicht. Oder doch? Klar ist, selbst mit der FDP wird es keine pauschalen Kür-

BLICK ZURÜCK

Mindestlohn und Mitbestimmung hat die FDP in ihrem Wahlprogramm auf die Streichliste gesetzt. Dabei waren die Liberalen als kleiner Koalitionspartner selber am Zustandekommen dieser Regeln beteiligt. 1952, als die erste schwarz-gelbe Koalition das Land regierte, verabschiedete der Bundestag das **Betriebsverfassungsgesetz**, das die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Betrieben regelte. 1976, damals hatte die sozial-liberale Koalition das Sagen, nahm das Parlament das **Mitbestimmungsgesetz** an. Seitdem ist die Hälfte der Aufsichtsratsmandate

zungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) geben. Auch wenn einzelne Politiker dieses Vorhaben im Wahlkampf ins Spiel gebracht haben, steht nichts dergleichen im Programm. Für einen Teil der Betroffenen dürfte sich die finanzielle Lage sogar verbessern. So wollen die beiden künftigen Koalitionspartner das Schonvermögen, das nicht auf das ALG II angerechnet wird, deutlich erhöhen. Trotzdem könnten die Zeiten für Langzeitarbeitslose härter werden. Etwa, wenn Schwarz-Gelb beschließen sollte, künftig stärker für gemeinnützige Tätigkeiten heranzuziehen.

Mitbestimmung: Hier wollen die Liberalen tatsächlich die Axt ansetzen. In den Aufsichtsräten großer Kapitalgesellschaften sollen der Arbeitnehmerseite nicht mehr wie bisher die Hälfte der Sitze zustehen, sondern nur noch ein Drittel. Diese sollen außerdem nicht mehr von externen Gewerkschaftern besetzt werden. Betriebsräte will die FDP laut Wahlprogramm künftig erst in Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern erlauben. Vorausgesetzt, wenigstens die Hälfte der Beschäftigten wünscht dies. Außerdem sollen mehr Arbeitnehmervertreter ihre Arbeit künftig ehrenamtlich erledigen. Eine Freistellung wollen die Liberalen erst

und Mitbestimmungspolitik verantworten. Übrigens: Der letzte Versuch, die Mitbestimmung neu zu regeln, ist vor drei Jahren gescheitert. Die sogenannte Biedenkopf-Kommission legte zwar einen dicken Abschlussbericht vor, kam jedoch zu keinem gemeinsamen Ergebnis.

Rente: Da reibt sich der Wähler verwundert die Augen. Ausgerechnet die Liberalen lehnen die Rente mit 67 ab. Genauer: Sie lehnen die generelle Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab. Stattdessen befürworten sie ein flexibles Renteneintrittsalter. Allerdings befürworten Wirtschaftsverbände wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag ein strammes Festhalten an der Rente mit 67. Trotzdem ist es denkbar, dass die Kanzlerin bereit ist, das Fass erneut öffnet. Die von Schwarz-Rot beschlossene Garantie, dass Renten nicht gekürzt werden, ist den Liberalen ebenfalls ein Dorn im Auge. Damit dürfen sie bei der Union jedoch auf taube Ohren stoßen. Schließlich hat die Kanzlerin im Wahlkampf immer wieder betont, wie wichtig ihr die soziale Balance ist. Würde Angela Merkel ihren Kurs ändern, würde sie viele Wähler vor den Kopf stoßen.

sich während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (CDU), dem die Liberalen 1982 zur Regierungsübernahme verholfen hatten. 1996 trat jedoch das sogenannte **Arbeitnehmerentendengesetz** (AEntG) in Kraft. Ein protektionistisches Gesetz, das vor allem die deutsche Bauwirtschaft vor billigerer Konkurrenz aus Osteuropa schützen sollte. Es verlangt, dass ausländische Firmen ihren in der Bundesrepublik tätigen Beschäftigten einen Mindestlohn zahlen müssen. Wie hoch dieser ausfällt, bestimmt wiederum ein all-gemeingültiger Tarifvertrag. **sl**

ZAHLENWERK

2000

Kilometer ist jeder Deutsche 2008 mit Bus und Bahn gefahren. Am häufigsten stiegen die Bundesbürger in den Zug (1010 Kilometer pro Person), am seltensten in die Straßenbahn (200 Kilometer). Die gesamte Beförderungsleistung im Nah- und Fernverkehr betrug rund 162,2 Milliarden Kilometer. *Quelle: Statistisches Bundesamt*